Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz namens der Landesregierung

Überforderung der Tierheime in Niedersachsen durch steigende Anzahl zu versorgender Katzen?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU), eingegangen am 10.06.2025 -
Drs. 19/7425,
an die Staatskanzlei übersandt am 13.06.2025

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz namens der Landesregierung vom 08.07.2025

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Nordsee-Zeitung berichtete am 9. Mai 2025, dass die Tierheime in Niedersachsen den - so wörtlich - „Katzenzustrom“ kaum noch bewältigten könnten. Die Zahl der zu versorgenden Tiere habe sich in den letzten zwei Jahren teilweise verdoppelt.

Am 21. Juni 2023 hat der Landtag einen Antrag zur Einführung einer landesweiten Katzenschutzverordnung beschlossen. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung (Drs. 19/6628) u. a. zum Stand des Verfahrens zum Erlass einer landesweit geltenden Katzenschutzverordnung (Drs. 19/6762) berichtete die Landesregierung am 12. März 2025, dass sich ein „Entwurf derzeit in der regierungsinternen Abstimmung“ befinde; eine „Zeitplanung liegt noch nicht vor“.

Der Vorsitzende des Landestierschutzverbands Niedersachsen wird im o. g. Beitrag mit der Aussage wiedergegeben, dass es einer Kastrationsordnung bedürfe, die regelt, wie die Kastrationspflicht bei Freigängerkatzen umgesetzt werden soll. Verantwortliche aus Tierheimen wiederum werden mit der Aussage zitiert, dass es „härtere Maßnahmen“ brauche, „um die unkontrollierte Vermehrung freilebender Katzen einzudämmen“. Dazu würden u. a. eine Registrierungspflicht sowie intensivere Kontrollen durch die zuständigen Behörden gehören.

1. Wie weit sind die Arbeiten zum Erlass einer landesweiten Katzenschutzverordnung mittlerweile gediehen? Wann ist mit dem Inkrafttreten der Verordnung zu rechnen?

Ein überarbeiteter Referentenentwurf des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für eine Katzenverordnung befindet sich derzeit in der förmlichen Ressortabstimmung.

Zu dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Inkrafttretens kann derzeit noch keine abschließende Aussage getroffen werden.

2. Wird die in Vorbereitung befindliche landesweite Katzenschutzverordnung die vom Vorsitzenden des Landestierschutzverbands Niedersachsen für erforderlich erachteten Details zur Umsetzung der Kastrationspflicht enthalten?

Der Referentenentwurf enthält eine allgemeine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen.

3. Wie steht die Landesregierung grundsätzlich zu der Forderung von Tierheimen nach „härteren Maßnahmen“?

Die Einführung und Anwendung einer landesweiten Katzenverordnung wird als ein wirksames Instrument angesehen, um die Katzenpopulation zu regulieren und Katzenleid einzudämmen.

4. Wird die in Vorbereitung befindliche landesweite Katzenschutzverordnung die von den Tierheimen als notwendig erachtete Registrierungspflicht für Katzen beinhalten?

Der Referentenentwurf enthält auch eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen.

5. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Umsetzung und Kontrolle der Regelungen der landesweiten Katzenschutzverordnung?

Der Entwurf enthält Regelungen zur Rechten und Pflichten des Halters / der Halterin bezüglich Kennzeichnung, Registrierung, Kastration und Kostenübernahme bei behördlicher Anordnung.

6. Plant die Landesregierung, den Kommunen gegebenenfalls zusätzliche finanzielle Mittel für die von Tierheimen als notwendig erachteten intensiveren Kontrollen zur Verfügung zu stellen?

Erwartet werden eine Reduzierung der Anzahl von Fundkatzen und damit einhergehend eine Reduzierung der Kosten der Gemeinden als Fundbehörden für die Unterbringung und Versorgung von Fundkatzen und eine geringere Belastung von Tierheimen. Mit den kommunalen Spitzenverbänden besteht ein Austausch zu Kostenfragen.

(Verteilt am 10.07.2025)